



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die reine Interessenvertretung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die reine Interessenvertretung



n den Grenzboten hat kürzlich jemand für die alten Parteien eine Lanze gebrochen, denen man so oft nachgesagt hat, sie hätten sich eigentlich längst überlebt. Jener Freund des Alten meint, das Parteigetriebe werde zu allen Zeiten dadurch in Bewegung gehalten werden, daß ein Teil der Staatsbürger nach vorwärts dränge, während ein anderer Teil am Bestehenden hänge oder gar nach rückwärts strebe. Das ist unzweifelhaft richtig; nur geht es beim besten Willen nicht mehr an, diese beiden Gegensätze an die Begriffe liberal und konservativ zu knüpfen. Die konservativen Parteien sind z. B. dem Fortschritt auf sozialem Gebiet entschieden zugänglicher als der Liberalismus, der in jener Schattirung, die sich durch das Beiwort „national“ kennzeichnet, sogar einen geschwornen Feind der Sozialreform stellt. Aber die Unzulänglichkeit der alten Parteienamen, ja sogar der alten Parteiprogramme ist nicht das schlimmste Übel, woran unser Parteileben krankt. Es leidet an dem viel bedenklicheren organischen Fehler, der Reichsverfassung nicht zu entsprechen. Nun haben wir ja Parteien, die die Verfassung nur als einen Notbehelf oder gar als ein leider nicht zu umgehendes Übel betrachten. Von diesen Parteien ist es natürlich gar nicht voranzusetzen, daß sie sich mit dem Geiste der Verfassung in Übereinstimmung befinden. Aber auch die Parteien, die es lieben, sich selbst als die staats-erhaltenden zu bezeichnen, bewegen sich nicht auf dem Boden der Verfassung. Der Parteimann wird diese Behauptung natürlich mitleidig belächeln; wenn er sich aber mit uns in eine ganz kurze, vergleichende Betrachtung der modernen Staatswesen einlassen will, so geht ihm doch vielleicht ein Licht auf.

Das Innenleben des modernen Verfassungsstaats wird wesentlich durch drei Faktoren bestimmt: das Staatsoberhaupt, das Ministerium und die Volksvertretung. Um nun keine graue Theorie zu treiben, erläutern wir das Ver-

hältnis dieser drei Faktoren zu einander an drei Beispielen. Da ist zunächst Großbritannien mit seinem erblichen, aber rein repräsentativen Königtum. Das Regieren ist nicht Sache des Herrschers, sondern des Ministeriums, und dies wird, zwar nicht nach dem Gesetz, aber nach einem Herkommen, das in England mehr gilt als das Gesetz, von der Mehrheit des Unterhauses gestellt. Diese ist es also, die in Wahrheit das Land regiert. Die Verfassung der französischen Republik ist in diesem Punkt — in einigen andern übrigens auch — viel monarchischer als die des Königreichs Großbritannien und Irland. Der von der Volksvertretung auf Zeit gewählte Präsident ist in der Wahl seines Ministerpräsidenten durch das Herkommen nicht entfernt so gebunden wie die Königin von England. Er vermag vielmehr durch diese Wahl unter Umständen geradezu einen entscheidenden Einfluß auf die Geschicke des Landes auszuüben. Freilich muß der Kabinettschef die Mehrheit der Kammer in Fragen von Bedeutung für sich haben, sodaß die Volksvertretung in allen Regierungsangelegenheiten schließlich doch den Ausschlag giebt. Sie hat sich aber durch die Wahl eines Präsidenten, der nach unabhängigem Ermessen zu handeln befugt ist, eine Art Selbstbeschränkung auferlegt, die das englische Parlament nicht kennt. An der Spitze des deutschen Reiches endlich steht ein erblicher Kaiser, der das Reich nach innen und außen repräsentirt, dem die Verfassung aber darüber hinaus noch mancherlei Rechte einräumt, nur das eine Recht nicht, seine Minister zu ernennen. Denn man muß sich wohl hüten, unsre Staatssekretäre mit den Ministern andrer Länder zu vergleichen. Die Staatssekretäre sind an sich reine Verwaltungsbeamte, die das Regieren gar nichts angeht. Das eigentliche Ministerium des deutschen Reiches ist vielmehr der Bundesrat, dessen Mitglieder nicht der Kaiser, sondern die einzelnen Bundesregierungen ernennen. Der Kaiser ernennt nur den Ministerpräsidenten, das will sagen den Reichskanzler; wenn er aber will, daß der Kanzler auch mit zu stimmen hat, so muß er ihn aus den Mitgliedern des Bundesrats wählen oder ihn in seiner Eigenschaft als preussischer König zum Bundesrat bevollmächtigen. Der dritte Faktor, die Volksvertretung, ist natürlich auch im deutschen Reiche von den beiden andern unabhängig, sie hat aber ihrerseits weder Einfluß auf die Besetzung des höchsten Staatsamts noch auf die Zusammensetzung des Bundesrats. Kommt es in England oder Frankreich zu einem Konflikt zwischen der Volksvertretung und einem der beiden andern Machtfaktoren, so weiß die Volksvertretung ganz genau, daß sie — in England auf dem Herkommen fußend, in Frankreich auf dem Gesetz — in absehbarer Zeit ihren Willen durchsetzen kann, vorausgesetzt natürlich, daß sie bis dahin die richtige Vertretung des Volkswillens bleibt. Dies Verhältnis hat der Volksvertretung in jenen beiden Ländern ein starkes moralisches Übergewicht über die beiden andern Faktoren gegeben. Anders liegt die Sache in Deutschland. Hier ist keiner der drei Faktoren imstande, die Durchsetzung

seines Willens in Fragen zu erzwingen, die die Verfassung nicht schon seiner Entscheidung allein vorbehalten hat. Zu einer gedeihlichen Entwicklung des Reichs ist es also notwendig, daß sich die drei Faktoren verständigen, um im gleichen Sinne zu wirken. Von einer moralischen Überlegenheit der Volksvertretung kann bei einer solchen Sachlage nicht wohl die Rede sein, ebenso wenig wie das Gegenteil eine notwendige Folge davon ist. Wohl aber sollte man meinen, die Eigenart der deutschen Reichsverfassung müßte eine Gestaltung des Parteiwesens hervorgebracht haben, die wesentlich verschieden wäre von der in andern, parlamentarisch regierten Ländern.

Eine politische Partei ist durch Rücksichten nach zwei Seiten hin gebunden, durch ihr Verhältnis zur Wählerschaft und durch ihr Verhältnis zur Regierung. Die parlamentarische Regierungsform nun bringt es mit sich, daß dies letzte Verhältnis für die Parteien ungleich wichtiger wird als das erste. In Frankreich — dies Beispiel ist für den Vergleich mit Deutschland lehrreicher als England, wo manche Unzuträglichkeiten des Parlamentarismus im Laufe einer jahrhundertlangen Praxis durch stillschweigende Übereinkunft beseitigt worden sind — in Frankreich muß das Hauptstreben jeder Partei darauf gerichtet sein, die Regierung selbst in die Hand zu bekommen, oder wenn das wegen zu geringer Zahl nicht geht, das Zünglein an der Wage zu werden, das unter Umständen zwischen den großen Parteien den Ausschlag giebt. Denn eine Partei, die weder selbst zur Regierung gelangen kann noch sich der Regierung gelegentlich furchtbar zu machen weiß, wird in einem parlamentarisch regierten Lande schließlich einfach vergewaltigt. Will sie dem entgehen, so muß sie eben in erster Linie ihr Verhältnis zur Regierung im Auge behalten, und thut sie das, so kann sie das Interesse ihrer Wählerschaft mitunter in höchst wichtigen Fragen nicht zum leitenden Grundsatz ihrer Handlungen machen. Wir wollen das an einem besondern Fall erläutern. In keinem Lande kann es in dem unmittelbaren Interesse monarchisch gesinnter Männer liegen, den Sozialisten zu einem moralischen Erfolge zu verhelfen. Trotzdem haben zahlreiche Abgeordnete der Rechten beim letzten Ministersturz in der französischen Kammer für die sozialistische Tagesordnung gestimmt, und ihre Wähler werden ihnen diese so wie manche frühere Abstimmung ähnlicher Art sicher nicht übel nehmen. Denn so stark der monarchische Geist im französischen Volke auch noch sein mag, die monarchischen Parteien bedeuten an sich nicht allzu viel mehr, und sie würden noch weniger bedeuten, wenn die Republikaner unter sich einig wären. Da sie das aber nicht sind, so ist es für die Monarchisten nützlich, sie zuweilen die Macht ihres bloßen Daseins fühlen zu lassen, selbst wenn sie dadurch antimonarchischen Bestrebungen Vorschub leisten.

Da hat die Reichsverfassung den deutschen Parteien doch eine weit vornehmere Stellung im Staatsleben zugebracht. Durch keinerlei Rücksichten auf die Regierung brauchen sie sich abhalten zu lassen, sich ganz der Sorge für

die Interessen ihrer Wählerschaft zu widmen. Denn sie können weder in die Lage kommen, die verantwortlichen Pflichten des Regierungsamtes selbst übernehmen zu müssen, noch steht ihnen die Aussicht offen, eine mißliebige Regierung aus eigener Machtvollkommenheit beseitigen zu können. Weder als ein launischer Gebieter, noch als ein ergebener Diener, sondern als ein gleichberechtigter Gehilfe soll der deutsche Reichstag der Regierung gegenüberstehen, stets bereit, sich mit ihr zu gemeinsamer Arbeit für das Wohl des Staatsganzen zu verbünden, aber auch ebenso bereit, Schritten der Regierung, die dem gemeinsamen Besten zuwiderlaufen, seine Mitwirkung zu versagen. Das ist das Ideal der Reichsverfassung, wenn anders ihre Bestimmungen lebendigen Geist und nicht nur tote Regeln enthalten sollen.

Nun sind Ideale bekanntlich nicht dazu da, auf diese mangelhafte Erde heruntergeholt zu werden. Aber ganz gewiß sind sie auch nicht dazu da, ins Gegenteil verkehrt zu werden. Sie sind Ziele, auf die das Streben der Menschen gerichtet sein soll, nicht aber Ziele, vor denen es zu fliehen hat. Leider aber kann man sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß sich die Parteien des deutschen Reichstags mit Erfolg bemüht haben, das Gegenteil von dem zu thun, was ihre ideale Bestimmung war. Wir haben Parteien, die aus grundsätzlicher Feindschaft gegen die Regierung stets das Zusammenarbeiten mit ihr verweigert haben; wir haben Parteien, die um der Freundschaft der Regierung willen stets bereit sind, mit ihrer bessern Überzeugung Komödie zu spielen; und wir haben endlich eine Partei, die stets bereit ist, mit ihrer Freundschaft und ihrer Feindschaft zur Regierung Handelsgeschäfte zu treiben. Da ist der Freisinn, der durch sein starrköpfiges Opponiren den Parteiverband gesprengt hat. Da ist die Sozialdemokratie, die durch ihre eintönige Predigt von der Fäulnis der bestehenden Gesellschaftsordnung eine Opposition im eignen Lager großgezogen hat, die endlich Thaten sehen möchte. Da sind die Konservativen, die sich so lange als die berufenen Schützer von Religion, Sitte und Ordnung aufgespielt haben, daß ihnen jetzt der schmutzigste Preßjude den Hammerstein vorwerfen darf. Da sind die Nationalliberalen, die den reaktionären Gelüsten der Regierung soweit entgegenkamen, daß ihnen die Wähler bei den Nachwahlen in Scharen davonliefen. Da sind endlich die Ultramontanen, die den politischen Schacher so offenkundig getrieben haben, daß sie sich selbst kaum noch über ihren wahren Charakter täuschen. Aber da ist nicht eine Partei, die wenigstens in den großen Fragen unsers öffentlichen Lebens weder nach rechts noch nach links schaute, sondern, den Blick gerade auf die Sache gerichtet, ihren Wert abmāße an dem einen gemeinsamen Ziele, dem Wohl des ganzen deutschen Volks. Und da nun den deutschen Parteien der oben erörterte Grund fehlt, womit die französischen unter Umständen eine selbstfüchtige und grundsatzlose Handlungsweise vor ihrer Wählerschaft entschuldigen können, so ist es kein Wunder, daß das moralische Gewicht unsrer Volksvertretung tiefer und tiefer

gesunken ist. Der Mangel an Achtung übt nun eine rückwirkende Kraft aus: der Reichstag hat an Charakter mehr und mehr verloren, bis ihm schließlich das Bewußtsein, ein unabhängiger Machtfaktor neben der Regierung zu sein, ganz abhanden gekommen ist. Als die Regierung einen Eingriff in die Rechte des Reichstags versuchte und die Erlaubnis zur Strafverfolgung Liebknechts verlangte, da war ein Teil der Abgeordneten in der That bereit, das Recht der Volksvertretung preiszugeben, weil es doch nur einem Sozialdemokraten zu gute gekommen wäre.

Es verlohnt sich nun nicht, sich bei der schadhast gewordenen Charakterstärke des Reichstags lange aufzuhalten. Viel wertvoller ist die Untersuchung der Frage: wie hat sich dieser Zustand gebildet? Zunächst wurde seine Entwicklung ungemein begünstigt durch den Parteigegensatz, wie ihn die neu geschaffne Verfassung vorfand. Konservativ und liberal waren damals Worte, die ihren Begriff noch vollkommen deckten. Die konservativen Parteien setzten sich damals wesentlich aus den Leuten zusammen, die vor Achtundvierzig allein Anspruch aufs Mitregieren gehabt hatten und natürlich noch zu haben glaubten, die Liberalen aus denen, die sich das Recht zum Mitregieren eben erst erstritten hatten und es eifersüchtig hüteten. Diese Gegensätze hätten nun freilich in der großen Bewegung, die zur Gründung des neuen Reichs führte, untergehen sollen. Aber eine lange geschichtliche Entwicklung endet niemals da, wo ihr äußerlich der Markstein gesetzt wird. So wirkten die alten Gegensätze über das Jahr 1870 noch fort, bis in unsre Zeit herein. Das war natürlich, wie es am Ende auch nur natürlich ist, wenn sich der Kaiser und seine Regierung bis auf den heutigen Tag innerlich wesensverwandt nur den Konservativen fühlen. Aber es war nicht wohlgethan, sich das merken zu lassen, denn es hat bei den andern Parteien das Mißtrauen wachgehalten gegen jeden Schritt, den die Regierung im Bunde mit den Konservativen that. So hat sich der Charakter der konservativen Partei als des Schoßkinds der Regierung, das stets offene Thüren findet, auch wenn es sich einmal ungezogen benommen hat, und der liberalen Partei als seines nur halb berechtigten Stiefbruders länger erhalten, als für unser öffentliches Leben heilsam ist.

Und doch wäre dieser Gegensatz wahrscheinlich rasch überwunden worden, wenn jene drei Machtfaktoren, Kaiser, Bundesrat und Reichstag, von Anfang an Gelegenheit gehabt hätten, sich so zu entfalten, wie es ihnen der Geist der Verfassung zugedacht hatte. Da war aber eine vierte Größe, der Reichskanzler, dem die Verfassung eigentlich wohl nur die Rolle zugewiesen hat, die Beziehungen der drei selbständigen Machtfaktoren zu einander zu vermitteln. Wenn der Vermittler eine so überlegne Persönlichkeit ist wie Fürst Bismarck, so wird aus dem vermittelnden leicht ein beherrschender Einfluß. Zwar wenn der alte Kaiser seinen Kanzler schalten und walten ließ, so hatte er seine guten Gründe dazu; bei ihm wars nicht dienende Unterordnung, sondern echt könig-

liches Vertrauen. Ein Zug schüchternen Unterwürfigkeit lag dagegen wohl in dem Verhältnis des Bundesrats zum ersten Reichskanzler; wer will es den einzelnen Bevollmächtigten auch verdenken, wenn sie sich neben dem Riesen der Staatskunst etwas gedrückt vorkamen! Und gewaltig hat die Person des Fürsten Bismarck auch auf die Volksvertretung gedrückt und auf der einen Seite Anhänglichkeit bis zur Selbstverleugnung, auf der andern Widerstand bis zur Verbohrtheit geweckt. Dadurch wurde der alte Gegensatz: Anhänger der Regierung und Opposition unserm Parteiwesen von neuem tief eingeprägt — „Reichsfeinde und Reichstreue“ war lange Zeit ein beliebter Ausdruck dafür —, und unter dem starken Druck von oben und von beiden Seiten konnte eine von persönlichen Empfindungen zur Regierung unbeeinflusste Partei, die sich als selbständiger Faktor im politischen Leben gefühlt hätte, gar nicht aufkommen.

Dem Alten im Sachsenwalde soll daraus kein Vorwurf gemacht werden. Niemand kann wider seine Natur, und er war eine Herrennatur, die sich die Kraft zutraute, alles wesentliche selbst zu machen, und darum nur gefügige und geschickte Werkzeuge in ihrer Umgebung gebrauchen konnte. Für die erste Zeit nach ihm aber ist es verhängnisvoll geworden, daß Fürst Bismarck die Parteien nicht zu selbständigem Handeln erzogen hat, oder daß er nicht wenigstens selbständige und unabhängige Staatsmänner neben sich hat großwerden lassen, die sie dazu hätten erziehen können. Daß ein Bennigsen seine Tage als Oberpräsident beschließt, während ein Miquel Minister wird, das ist zu bedauern. Und auch das ist zu bedauern, daß ein Eugen Richter sein umfassendes Wissen und seine staunenswerte Arbeitskraft in der Sisyphusarbeit des Oppositionsführers hat verbrauchen müssen.

Alles ging gut, so lange der Altmeister noch die Regie führte. Kaum aber war Fürst Bismarck vom Schauplatz abgetreten, so stellte es sich überraschend deutlich heraus, daß keiner von den drei berufnen, Kaiser, Bundesrat und Reichstag, das Handwerk der Staatskunst so recht verstand. Allein der junge Kaiser war auf dem richtigen Wege, als er die Sozialreform weiter zu führen versprach. Aber er wußte noch nicht, daß ein Herrscher seine besten Gedanken nicht unumwunden aussprechen darf wie ein Privatmann, daß er vielmehr, um Mißverständnisse zu vermeiden, Schuldscheine auf die Zukunft nur in Thaten ausstellen sollte. Der Bundesrat that, was er bisher auch gethan hatte, er erledigte laufende Geschäfte. Die Parteien des Reichstags atmeten im ersten Augenblick erleichtert und etwas verwirrt auf; kaum aber waren sie zur Besinnung gekommen, so begann ein heftiges Rennen, Drängen und Stoßen nach dem Regierungstisch zu: alle Welt hatte es überaus eilig, Vertrauensperson bei der neuen Regierung zu werden. Der Kanzler Caprivi war ein wohlmeinender Mann, aber er begriff von Anfang an weder seine Stellung noch seine Aufgabe. Er hatte die löbliche Absicht, ohne Rücksicht auf eine bestimmte Partei zu regieren, aber ihm fehlte der unbeugsame Wille,

um in dem wilden Trubel der Parteipolitik das Steuer in fester Hand zu behalten. So konnte es nicht ausbleiben, daß seine Stellung unsicher und immer unsicherer wurde. Da hielten die alten Gegner des Fürsten Bismarck ihre Zeit für gekommen, sich in die Regierung hineinzudrängen: Freisinn und Demokratie scharten sich um den Kanzler und breiteten schützend ihre Arme vor ihm aus, während von der andern Seite die Agrarier gegen den verhaßten Urheber der Handelsverträge Sturm liefen. Als er aber gar nicht fallen wollte, da ersann der pfiffigste Kopf unter den Mißvergünstigten eine schlaue Intrigue. An die Ermordung Carnots anknüpfend, verlockte der alte Rattenfänger die Partei, die seit Bismarcks Sturz zwischen rechts und links hin und her irrte wie eine verlassene Herde Schafe, verlockte sie durch die Aussicht auf einen Ministerseffel oder gar die Kanzlerschaft, ein großes Geschrei zu erheben, das Vaterland sei in Gefahr, und Sitte und Ordnung müßten geschützt werden. Der Rattenfänger kannte seine Leute, und nie blühte der Hintertreppenverkehr zwischen einzelnen Teilen der Regierung und den Parteien mehr, als da das Zeichen: „Kampf für Religion, Sitte und Ordnung“ am Himmel stand. Der Kanzler versuchte, sich zwischen Scylla und Charybdis der demokratischen Ungnade und der kaiserlichen Ungnade durchzuwinden und geriet natürlich erst recht in den Strudel.

Nie hat der deutsche Reichstag eine würdelosere Haltung gezeigt als in dem wüsten Raufen um die Person des zweiten Kanzlers. Als Herr von Köller den Reichstag später mit seiner spaßhaften Geringschätzung wie eine Versammlung von Schulbuben bediente, da hätten die grundsätzlichen Gegner des Fürsten Bismarck erkennen können, wie liberal der Alte in Wirklichkeit war, und wie thöricht liberale Männer darin handelten, sich selbst von der Mitarbeit mit ihm auszuschließen. Und als für die Caprivistürmer die Belohnung ausblieb, als die notleidenden Großindustriellen kein Rnebelgesetz für Sozialdemokraten bekamen, und als den notleidenden Großgrundbesitzern bedeutet wurde, es eile nicht so sehr mit Antrag Kaniz und Doppelwährung, da hätten auch sie wohl mit einiger Beschämung einsehen dürfen, was für ein erniedrigendes Geschäft das Ministerstürzen doch eigentlich für eine Partei des deutschen Reichstags ist.

Aber Selbsterkenntnis soll für den einzelnen Menschen schon das schwerste Geschäft sein; für eine Partei ist sie noch um einiges schwieriger. Dafür sorgt schon die Presse. Es ist wirklich kaum glaublich, auf einer wie tiefen Stufe politischer Einsicht selbst große Parteiblätter stehen, für die es nichts beglückenderes gibt als eine Mitteilung „aus maßgebenden Kreisen.“ Eine Nachricht mag noch so nichts sagend, eine Erörterung noch so papieren und geschmacklos sein, sie wird, mit einer pomphaften Einleitung versehen, abgedruckt, wenn sie nur über die Hintertreppe eines Ministeriums oder aus dem Parteibüreau kommt. Geradezu ekelhaft aber ist es, wie sich solche Blätter in der

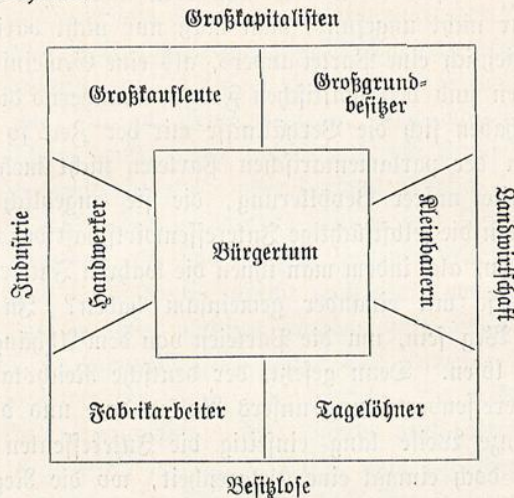
unanständigsten Weise auf jedes Kaiserwort stürzen, um es für ihre Parteizwecke auszuschlachten. Und nirgendwo stünde doch gerade den regierungsfreundlichen Parteien eine würdige Zurückhaltung besser an als gegenüber den Äußerungen des Staatsoberhauptes. Wie sehr vernachlässigt dagegen die Presse im allgemeinen ihre eigentliche Aufgabe, die Stimmung des Volkes klar und unzweideutig auszudrücken! Die Regierung und die Parteileitung finden schon leicht Gelegenheit, ihre Wünsche und Absichten in Wort und Schrift ins Land hinauszutragen. Wie aber soll zu ihnen dringen, was man im Volke über ihre Wünsche und Absichten denkt, wenn nicht durch die Presse? Etwa durch den Volksvertreter, der vielleicht zwei- oder dreimal jährlich in seinen Wahlkreis kommt? Wäre es nicht die verdammte Pflicht und Schuldigkeit gerade der Provinzialpresse gewesen, als von einigen Berliner Blättern und Korrespondenzen dem deutschen Volke die Sehnsucht nach einem neuen Polizeigesetz untergeschoben wurde, sich in ihrer nächsten Nachbarschaft einmal umzuthun, ob die Sehnsucht wirklich so brennend sei? Aber das Unwesen in der Presse wird nicht aufhören, so lange der Aberglaube herrscht, die wichtigste Kunst in der Politik sei das Stimmungmachen. Wie könnten auch Parteien, die stets mit einem Auge, sei es begehrlisch, sei es argwöhnisch, nach der Regierung schielen, die Stimmungsmache entbehren! Dürfen sie doch ihre wahren Absichten fast nie offen aussprechen. Freilich kann ein großer Staatsmann, der sicher ist, die Fäden nicht aus der Hand zu verlieren, gelegentlich mit bestem Erfolge die Stimmung beeinflussen. Aber quod licet Jovi, non licet bovi. Es ist etwas andres, ob Fürst Bismarck durch die Emser Depesche den Sturm der Kriegsbegeisterung in Deutschland entfacht, oder ob sich die Männlein vom neuesten Kurs wochenlang in der Presse die tollsten Staatsstreichgelüste zuschreiben lassen, nur um das richtige „Milieu“ für die Verhandlung der Umsturzvorlage zu schaffen.

Es ist merkwürdig, daß die ersten Ansätze zur Reformirung unsers Parteiwesens, in der Richtung auf eine unabhängige Machtstellung im öffentlichen Leben, von den beiden äußersten Flügeln ausgehen. In der Sozialdemokratie ist es die Bolkmarische Richtung, die es müde ist, alle ihre Handlungen durch den unfruchtbaren Grundsatz bestimmen zu lassen, der bestehenden Ordnung müsse das Leben so sauer wie möglich gemacht werden. Von der konservativen Partei aber spaltet sich die christlich-soziale Naumannsche Färbung ab, die verlangt, daß man offen und ehrlich mit dem verkappten Streben nach der Alleinherrschaft in Staat und Gesellschaft breche. Beides sind nur schüchterne Anfänge; da sich aber auch in andern Parteien, sogar in der nationalliberalen, ähnliche Bestrebungen bemerkbar zu machen scheinen, so ist die Frage nicht unangebracht, auf welchem Wege wir denn überhaupt zu einer Gesundung unsers Parteiwesens im Sinne der Verfassung kommen können. Die Antwort lautet — der Leser wird aber gebeten, sich zu fassen, denn jetzt kommt ein

böses Wort —: auf dem Wege der reinen Interessenvertretung. Das Wort hat einen ungemütlichen Klang, besonders für Leute, die aus gesichertem Besitz ansehnliche Prozente ziehen; denn es eröffnet einen trüben Ausblick auf schwere Kämpfe. Aber eine Krisis überwindet man eben nicht ohne Kämpfe, und das ist auch weiter gar nicht ungesund, man muß nur nicht darin stecken bleiben. Was ist auch schließlich eine Partei anders, als eine Gemeinschaft von Staatsbürgern, die in den und den politischen Fragen annähernd dieselben Interessen verfolgen? Nur haben sich die Verhältnisse mit der Zeit so verschoben, daß sich die Interessen der parlamentarischen Parteien nicht mehr decken mit den Interessen der Teile unsrer Bevölkerung, die sie angeblich vertreten. Wie anders nun will man die selbstüchtige Interessenwirtschaft der parlamentarischen Parteien überwinden, als indem man ihnen die wahren Interessen entgegensetzt, die ganze Volkskreise mit einander gemeinsam haben? In der That, dies dürfte der einzige Weg sein, um die Parteien von dem Abhängigkeitsverhältnis zur Regierung zu lösen. Denn gesetzt, der deutsche Reichstag stellte die rein wirtschaftliche Interessenvertretung unsers Volkes dar, und die Regierung begünstigte eine ganze Weile lang einseitig die Interessenten des Großgrundbesitzes, so käme doch einmal eine Gelegenheit, wo die Regierung die Hilfe der Industrie nicht entbehren könnte. Natürlich würde sich ihre Interessentengruppe Gegenleistungen ausbitten und sich an den Agrariern schadlos halten. Das Spiel der wechselnden Begünstigung könnte sich nicht allzuoft wiederholen, bis die verschiedenen Interessengruppen zu der Einsicht kämen, daß es eine Lebensfrage für unser Volk sei, sich mit vereinten Kräften diese charakterlose Regierung vom Halse zu schaffen. Mit der reinen Interessenvertretung könnte also auf die Dauer nur eine solche Regierung auskommen, die thatsächlich über den Parteien stünde, und so würde die harte Schule eines Interessenkampfes der Regierung wie den Parteien den Blick wieder schärfen für das Gemeinwohl des gesamten deutschen Volkes. Wohl dem, der diese segensreiche Wirkung noch von etwas anderm erwarten kann, als vom Realismus der Thatfachen.

Wem aber dieser Trost nicht gegeben ist, der darf sich ja auch weiter die Frage vorlegen, wie die reine Interessenvertretung unsers Volkes wohl aussehen möchte. Jedenfalls würden sich, nach den vorliegenden Erfahrungen zu urteilen, Industrie und Landwirtschaft darin gegenüberstehen. Die Industrie würde sich aber zweifellos in Großkaufleute und Fabrikarbeiter spalten, die Landwirtschaft wohl in ähnlicher Weise in Großgrundbesitzer und Tagelöhner. Zwischen den beiden industriellen Gruppen bildete sich vielleicht als Zwischenglied eine Vertretung des Handwerkerstandes, während zwischen den beiden landwirtschaftlichen eine Gruppe der Kleinbauern Platz hätte. Und zwischen Kapitalisten und Besitzlosen, zwischen Industrie und Landwirtschaft könnte sich alles das zusammenfinden, was weder vom Ertrage fremder Arbeit lebt, noch mit eigener Hand Werte schafft, was nicht heimatlos ist wie die Industrie und

nicht an die Scholle gebunden wie die Landwirtschaft, was sein Lebenselement hat nicht in einer Stadt, sondern in der Stadt, mit einem Wort: das gebildete Bürgertum. Diese Form der Volksvertretung ergäbe das folgende, leidlich einfache Schema:



Das Schema sieht gar nicht so gefährlich aus, wenn man bedenkt, daß die mittlere Gruppe jeder andern allein an Stärke weit überlegen sein müßte. Alles käme also darauf an, ob sich das gebildete Bürgertum zu einer großen Partei zusammenfassen ließe. So leicht nun wohl nicht! Man denke nur an die konfessionellen Gegensätze. Aber die sollten mit der Zeit doch auch überwunden werden, und wenn erst die andern Interessengruppen in Wirksamkeit träten, so würde die Not das Bürgertum wohl zwingen, in unwesentlichen Dingen Freiheit der Anschauung zu lassen und sich wenigstens in gewissen großen Fragen zur Abwehr zusammenzuschließen. Nichts aber bringt die Menschen einander näher, als der Verteidigungskampf gegen einen gemeinsamen Gegner.

Da ist nun noch etwas, was unsre zukünftige Entwicklung wesentlich mit bestimmen könnte, jener zweite Machtfaktor nämlich, der Bundesrat. Der Bundesrat ist das glücklichste aller Ministerien, insofern als ihm kein Parlament und kein fürstlicher Einzelwille das Dasein trüben kann. Das hat diese Körperschaft als Ganzes wohl etwas bequem gemacht, um nicht zu sagen träge, und aus sich selbst heraus wird sie sich schwerlich ändern. Wie weit Änderungen persönlicher Natur auch seine Zusammensetzung anders gestalten könnten, wer will das vorhersagen? Aber man darf vielleicht daran erinnern, daß derselbe Sachverständige, der kürzlich die reine Interessenpolitik empfahl, auch einmal geäußert hat, er habe von den kleinern deutschen Fürsten eigentlich eine stärkere Einwirkung auf die Reichspolitik erwartet. Und die wäre doch nur im Bundesrate möglich.

